

Gesetzentwurf zur Einführung der Eigenverantwortlichen Schule liegt vor

Die Landesdelegiertenkonferenz hat im September in einer Entschließung den dringenden Appell an den Kultusminister gerichtet, die Gesamtkonferenzen und eine dezentrale Struktur der Schulbehörde zu erhalten. Die im Rahmen der Eigenverantwortlichen Schule angestrebten Veränderungen bei der Schulbehörde sowie den Aufgaben der Schulleitungen und der Kollegien sollten nur in Übereinstimmung mit den Vorstellungen der Lehrerschaft durchgeführt. "Ohne die Kollegien ist eine Entwicklung der Schulen unmöglich. Deshalb soll eine Gesamtkonferenz weiterhin die Entscheidungen für die Gestaltung der Schule wie bisher treffen" Der Kultusminister wird aufgefordert, sich von ideologisch motivierten Vorschlägen einer vorgelblich "Eigenverantwortlichen Schule" zu verabschieden. Die GEW fordert u.a. den Erhalt der vier Standorte als Abteilungen oder Außenstellen der Landesschulbehörde sowie der gesetzlich vorgeschriebenen Mitbestimmungsrechte der Schulbezirkpersonalräte. Mehr dazu finden Sie auf unserer Homepage:

www.gew-osnabrueck.de

hepe

am Arbeitsplatz keine geeigneten Arbeitsmöglichkeiten zur Verfügung stehen – also u.a. Lehrkräfte – maximal 1.250 € p.a. geltend machen. Mehr dazu – u.a. auch eine Unterschriftenliste, die Sie in Ihren Kollegien unterschreiben lassen sollten - finden Sie auf unserer Homepage:

www.gew-osnabrueck.de

hepe

Innenminister Schäuble will Kindergeld beschneiden

Nach einer Gesetzesvorlage der neuen Regierung soll das Kindergeld künftig nur bis zum 25. Lebensjahr gezahlt werden. Ilse Schaad, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands - Vorstandsbereich Angestellten- und Beamtenpolitik, hat dazu einen Protestbrief an den Minister geschickt. Mehr dazu finden Sie auf unserer Homepage:

www.gew-osnabrueck.de

hepe

Große Koalition will die steuerliche Absetzbarkeit des häuslichen Arbeitszimmers für Lehrer aufheben

Die große Koalition beabsichtigt, den Lehrerinnen und Lehrern durch Änderungen des Steuerrechts massiv in die Tasche zu greifen, um ihren Haushalt zu sanieren. Im Bundesfinanzministerium liegt ein Plan, der zur Folge hat, dass Lehrerinnen und Lehrer das häusliche Arbeitszimmer ab 2007 nicht mehr als Werbungskosten abziehen können. Dieser Abzug soll nur noch denjenigen Arbeitnehmern möglich sein, deren häusliches Arbeitszimmer "den Mittelpunkt der beruflichen Betätigung" bildet. Dies ist so formuliert, dass es für Lehrkräfte nicht zutrifft. Derzeit können alle, die mehr als 50% zu Hause arbeiten oder denen